



# Der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming

---

Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport

## Niederschrift

über die öffentliche Sonder-Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport  
— am 14.03.2013 im Großen Beratungsraum (B2-1-02), Am Nuthefließ 2 in  
Luckenwalde.

### Anwesend waren:

#### **Ausschussvorsitzende**

Frau Ria von Schrötter

#### **Stimmberechtigte Mitglieder**

Frau Carola Hartfelder  
Frau Gabriele Schröder  
Herr Peter Dunkel  
Herr Felix Thier  
Frau Gertraud Rocher

#### **Sachkundige Einwohner**

Herr Andreas Buch

#### **Verwaltung**

Herr Horst Bührendt, Dezernent V  
Frau Grit Pieper, Leiterin A 20  
Herr Karsten Dornquast, Leiter A 40  
Herr Andreas Weiher, Leiter A 65  
Herr Matthias Fröhlich, SGL Schulverwaltung u. Kultur  
Frau Andrea Piechatzeck, Teamleiterin A 40  
Frau Dr. Rita Mohr de Pèrez, SGLin Denkmalschutz  
Frau Hiltrud Preuß, Sachbearbeiterin Denkmalschutz  
Frau Andrea Staeck, Leiterin Volkshochschule  
Frau Petra Hermann, Leiterin Kreismedienzentrum  
Frau Margret Hornung, Verwaltungsleiterin OSZ  
Herr Silvio Fischer, Leiter Museum des Teltow  
Herr Andreas Hüttner, Leiter Kreismusikschule  
Frau Margitta Wünsche, Sachbearbeiterin Kultur

## **Entschuldigt fehlen:**

### **Stimmberechtigte Mitglieder**

Frau Gabriele Dehn  
Herr Lutz Lehmann  
Herr Andreas Noack

### **Sachkundige Einwohner**

Herr Bert Lindner  
Herr Gregor Jung  
Herr Wolfram Eiser

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr  
Ende der Sitzung: 17:55 Uhr

-----

## **Tagesordnung:**

### **Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung und Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 14.02.2013
- 3 Mitteilungen der Verwaltung
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Vorstellung und Diskussion zum Haushaltsplanentwurf 2013
- 6 Anfragen der Abgeordneten

### **Öffentlicher Teil**

#### **TOP 1**

#### **Eröffnung und Bestätigung der Tagesordnung**

Frau von Schrötter eröffnet die Sonder-Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport und bestätigt die Tagesordnung. Sie stellt fest, dass die Unterlagen form- und fristgerecht zugesandt wurden.

## **TOP 2**

### **Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 14.02.2013**

Es liegen keine Einwendungen vor. Das Protokoll der Sitzung vom 14.02.2013 gilt somit als angenommen.

## **TOP 3**

### **Mitteilungen der Verwaltung**

Es liegen keine Mitteilungen vor.

## **TOP 4**

### **Einwohnerfragestunde**

Es liegen keine Anfragen vor.

## **TOP 5**

### **Vorstellung und Diskussion zum Haushaltsplanentwurf 2013**

Frau von Schrötter führt aus, die Ergebnisse der Studie der PWC liegen vor. Es wurde eine Vielzahl von Vorschlägen unterbreitet, auch wurden Sparpotentiale genannt, die diesen Ausschuss betreffen. Im Jahr 2012 wurde in jeder Sitzung des Ausschusses eine der freiwilligen Leistungen, die der Kreis auch nutzbringend durchführt, vorgestellt. Der Ausschuss hat sich mit den Inhalten und Ergebnissen auseinandergesetzt. Die Frage, ob diese freiwilligen Leistungen so weitergeführt werden sollen oder können, war stets mit heftigen Abwehrreaktionen verbunden. Sie schlägt vor, dass der vorliegende Haushaltsentwurf durch die Verwaltung vorgestellt und erklärt wird und Verständnisfragen im Anschluss geklärt werden. Weiter berichtet sie, in den Fraktionen findet bereits eine Auseinandersetzung mit dem Umgang von Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen statt. Die Verwaltung wird dann gebeten, die Auswirkungen der Streichung bzw. Reduzierung der freiwilligen Produkte zu benennen. Sie bittet die Auswirkungen in der Sitzung des nächsten Ausschusses vorzustellen, um im Anschluss darüber zu diskutieren und eine politische Entscheidung zu treffen. Die Mitglieder des Ausschusses erklären sich damit einverstanden. Sie übergibt das Wort an die Verwaltung.

Herr Dornquast informiert, dass im nächsten Ausschuss die Auffassungen aus dem PWC-Gutachten, die in Bezug auf die Haushaltskonsolidierung eine Rolle spielen, detailliert dargestellt werden. Heute wird er einen Gesamtüberblick über die Produktkonten des Amtes 40 geben und erläutern. Dazu führt er aus, im Amt für Bildung und Kultur werden 22 Produkte der Leistungen der Kreisverwaltung geführt. Die Produktverantwortlichen und Leiter/innen der Einrichtungen sind anwesend und stehen in den Detaildiskussionen bzw. bei Rückfragen zur Verfügung. Er erklärt, die Erhöhung der Gesamtaufwendungen im Ergebnishaushalt 2013 zum Jahr 2012 ist im Wesentlichen durch die Mehrkosten in der Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen, in der Bauunterhaltung, im Produkt Schülerbeförderung sowie in der Erhöhung im Produktkonto Denkmalschutz begründet (Anlage).

Er führt fort, geprüft wurde, wo bei den in der Trägerschaft des Landkreises befindlichen Schulen und Einrichtungen noch gespart werden kann. Für die Schulen in der jeweiligen Schulform wurden immer die gleichen Ansätze pro Schüler berechnet. Geringe Schwankungen ergeben sich durch die Differenz in der Schülerzahl an den jeweiligen Einrichtungen, was berücksichtigt wurde. Eine Reduzierung des Betrages ist für kleine

Schulen sehr schmerzhaft, da kaum noch Geld zur Verfügung steht, um andere Dinge zu realisieren. Gab es eine Schülerzahlerhöhung, wurde der Ansatz natürlich auch angepasst. Dabei gab es keine Steigerung der Kosten für Lehr- und Lernmittel, die Schulen müssen seit vielen Jahren mit dem gleichen Sockelbetrag auskommen. Die anderen Kostenpunkte wie Reinigung, Winterdienst etc. sind seitens der Schulen kaum zu beeinflussen. Einsparungen sind dort nur durch große Abstriche in der Sicherheit zu erreichen, was nicht zulässig ist, oder der Standard der Reinigungsleistungen wird zurückzufahren. Dazu bemerkt Herr Dornquast, dass es dazu jetzt schon kritische Anfragen in den Schulkonferenzen gibt. Als eine Einsparoption benennt er die Haushaltsposition „Schulschwimmen“, Zuschuss für die Gemeinden. Es handelt sich um einen Betrag von ca. 28.000 €, zu denen der Landkreis nicht verpflichtet ist. Als eine andere Möglichkeit benennt er den Bereich der Honorare, die die Einrichtungen wie Kreismusikschule und Volkshochschule betreffen. Zu den baulichen Maßnahmen gab es eine Abstimmung mit Herrn Weiher, Leiter A 65, der Ausführungen zu den geplanten Investitionen, insbesondere zu den ELA-Anlagen, machen wird.

Herr Weiher stellt fest, dass zu den Instandsetzungsmaßnahmen bereits alles erwähnt wurde. Er ist bereits seit drei Jahren im Bauamt tätig, dabei musste er hinsichtlich der ELA-Anlagen feststellen, dass diese in jedem Jahr im Haushaltsplan enthalten sind und wieder gestrichen wurden. Er führt weiter aus, auch in diesem Jahr sind an mehreren Schulen die ELA-Anlagen geplant. Diese Maßnahme ist nicht billig und auch keine Pflichtaufgabe, aber sie wurde vom Kreistag festgelegt. Zurzeit ist das A 65 in Abstimmung mit dem A 40 dabei zu prüfen, welche baulichen Maßnahmen an den jeweiligen Schulen notwendig sind. Er schlägt vor, das Ergebnis dieser Prüfung in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses auf die Tagesordnung zu nehmen. Er wird es so vorbereiten, dass die Mitglieder dieses Ausschusses einen Überblick über die zurzeit vorhandenen technischen Ausrüstungen jeder Schule bekommen. Er wird mit dem entsprechenden Kostenüberblick mitteilen, was für jede Schule erforderlich ist. Herr Weiher meint, es macht keinen Sinn und es wird auch nicht möglich sein, noch in diesem Jahr alle Anlagen einzubauen, aber im nächsten Jahr sollte der Einbau realisiert werden.

Herr Dunkel stellt fest, dass die Förderschule Ludwigsfelde im vergangenen Jahr saniert wurde. Er hofft nicht, dass durch die geplanten Baumaßnahmen das neue Erscheinungsbild beeinträchtigt wird.

Herr Dornquast bestätigt, dass das Gebäude auch über Konjunkturpaketmittel über mehrere Jahre energetisch saniert wurde, was aber hauptsächlich die Außenhülle, das Dach, die Fenster usw. betraf. Geplant ist die Elektroinstallation im Haus.

Frau von Schrötter fragt, ob man über den notwendigen Sicherheitsstandard hinausgeht und in welcher Höhe Kosten damit verbunden sind.

Herr Weiher bekräftigt, dass er diese Übersicht vorlegen wird mit einer genauen Einschätzung, was unbedingt eingebaut werden muss.

Herr Dornquast verweist auf den Anlass, weshalb die ELA-Anlagen seit vielen Jahren ein Thema sind. Nach dem Amoklauf in Winnenden hatte der Abgeordnete Schulze die Diskussion in den Kreistag eingebacht. Vom Land wurden dann die Notfallpläne aktualisiert, die an alle Schulen gegeben wurden. Der Landkreis hatte den Auftrag zu prüfen, inwieweit an den Schulen in seiner Trägerschaft der technische Standard vorhanden ist, um Alarme, stille Alarme oder Rückmeldungen auszulösen. An einigen Schulen ist nicht einmal eine intakte Klingelanlage vorhanden. In Bezug auf den Brandschutz erinnert er an das aktuelle Beispiel in Süddeutschland mit sieben Toten aufgrund einer defekten Elektroanlage. Der Landkreis als

Schulträger möchte nicht in der Verantwortung stehen, seiner Verpflichtung als Schulträger nicht nachgekommen zu sein.

Herr Dunkel fragt nach der Zukunft der Förderschule Ludwigsfelde aufgrund der geplanten Inklusion.

Herr Dornquast beruft sich auf die gegenwärtige Gesetzeslage, bei der es im Bildungssystem Förderschulen gibt. Geplant ist, dass ab dem Schuljahr 2015/16 nicht mehr eingeschult wird. Das bedeutet, dass der Landkreis noch mindestens über einen Zeitraum von acht bis zehn Jahren Schulträger der Einrichtungen ist. Auch in diesen zehn Jahren kann jederzeit etwas passieren.

Herr Fröhlich bekräftigt, selbst wenn bekannt wäre, dass die Schule in ein oder zwei Jahren ausläuft, kann der Schulträger es nicht dem Selbstlauf überlassen, wenn es um Sicherheitsthemen geht. Er wird nicht dazu kommen, dass Kinder gefährdet werden.

Frau von Schrötter erklärt, der Beschluss zu den ELA-Anlagen wurde im Kreisausschuss gefasst. Er wurde nicht einmal in diesem Ausschuss diskutiert, was sie persönlich sehr schade fand. Sie denkt, dass solche Vorschriften, die wahrscheinlich gar nicht konkret sind, vielleicht auch hausgemachte Probleme sind. Wenn Herr Weiher die notwendigen baulichen Maßnahmen mit den finanziellen Auswirkungen vorstellen wird, empfiehlt sie, den damaligen Beschluss mit einzubeziehen, um zu überlegen, ob dieser richtig war.

Herr Bührendt gibt zu bedenken, dass über zwei verschiedene Dinge diskutiert worden ist. Zum Einbau der ELA-Anlagen hat Herr Weiher vorgeschlagen, aufgrund der Haushaltsdiskussion und der Haushaltsgenehmigung diese für das nächste Jahr einzuplanen. Die elektrischen Anlagen müssen natürlich bestimmten Sicherheitsstandards entsprechen. Herr Fröhlich sprach über die Instandsetzung der elektrischen Anlagen.

Frau Hartfelder sieht im Haushalt nicht viel Einsparpotential. Sie persönlich möchte nicht, dass der Zuschuss für das Schulschwimmen gestrichen wird. Die Bewirtschaftung der Schulen findet sie ziemlich rigide. Hinsichtlich der technischen Ausstattung könnten ihrer Meinung nach die Schulen mehr gebrauchen. Als weiteren Punkt möchte sie die nachgeordneten Einrichtungen erwähnen, die zum Teil freiwillige Aufgaben sind und ganz bestimmt wieder thematisiert werden. Sie möchte von den Mitarbeitern/innen wissen, wie diese mit den vorgeschlagenen Haushalten zurechtkommen. Sie glaubt, dass keiner sich von den Einrichtungen wie Musikschule, Volkshochschule oder Kreismedienzentrum trennen will, da diese auch in die neue Zeit hineingehören.

Frau Hartfelder bemerkt, dass an einigen Schulen Kommunalkombistellen eingerichtet wurden. Sie fragt, um welche Stellen es sich handelte und ob diese ersatzlos weggefallen sind.

Herr Dornquast erklärt, diese Kommunalkombistellen waren befristet und wurden nur bewilligt bei einer absoluten Zusätzlichkeit. Es durften keine pflichtigen Aufgaben des Schulträgers damit abgewickelt werden. Zum Beispiel wurde an der Förderschule Ludwigsfelde eine Fahrradwerkstatt betrieben. Die Zusätzlichkeit musste zum damaligen Zeitpunkt im Rahmen der Antragstellung nachgewiesen werden. Die Maßnahmen wurden für drei Jahre bewilligt. Allen Beteiligten, auch den Schulleitern und Einrichtungsleitern war bewusst, dass nach Ablauf dieser Maßnahme die Einrichtung ohne dieses zusätzliche Projekt auskommen musste.

Herr Thier kommt auf den Zuschuss für das Schulschwimmen zurück. Er stellt fest, dass die Finanzierung eine Aufgabe der Gemeinden wäre, der Landkreis das Schulschwimmen aber

trotzdem mitfinanziert. Weiter bemerkt er, einige Gemeinden verlangen Mieten und Pachten für die Benutzung ihrer Sportstätten. Er möchte wissen, ob es möglich ist, dass finanzschwache Kommunen weiter durch den Kreis unterstützt werden und finanzstarke Kommunen den Betrag selber leisten. In Bezug auf zum Teil hohe Mietzahlungen für Kopiertechnik in einigen Einrichtungen hält er es für sinnvoller, diese Kopiertechnik einmalig anzuschaffen und dann zu nutzen. Er geht auf das PWC-Gutachten ein und fragt nach dem Einsparpotential, wenn man in der Kreismusikschule die Anzahl der Einzelunterrichtsstunden zu Gunsten von Gruppenunterricht einschränken würde.

Herr Dornquast hält eine Differenzierung der Leistungen im Landkreis in Bezug auf das Schulschwimmen für sehr schwierig. Das Schulschwimmen selbst ist Aufgabe des Schulträgers der Grundschule. Der Landkreis ist nicht in der Pflicht. Er bittet Herrn Fröhlich zu erläutern, warum der Landkreis Teltow-Fläming sich an der Finanzierung des Schulschwimmens beteiligt.

Herr Fröhlich berichtet, der Landkreis wollte zum damaligen Zeitpunkt sicherstellen, dass jedes Kind im Landkreis schwimmen lernt. Es ist zwar eine Pflichtaufgabe des Schulträgers, aber einige Schulträger habe diese nicht wahrgenommen. Wenn die Bürgermeister und der Amtsdirektor sich verständigen und beschließen, flächendeckend die Finanzierung zu übernehmen, dann kann die Finanzierung durch den Landkreis entfallen. Schwierig wird es, wenn eine Kommune sich dazu nicht in der Lage sieht oder nicht dazu bereit ist.

Frau Piechatzeck ergänzt, dass es sich nicht um die Vollfinanzierung handelt. Der Landkreis übernimmt nur 15 €/h je Grundschulklasse. Die Kosten betragen das Doppelte. Die Schulträger übernehmen auch die Beförderung.

Dazu bemerkt Frau von Schrötter, der Landkreis ist auch von den Bürgermeistern und dem Amtsdirektor aufgefordert worden, den Haushalt auf Sparpotentiale zu prüfen und Entscheidungen zu treffen. Keine Maßnahme, die gestrichen wird, ist ohne Wirkung. Schulschwimmen sollte nicht nur dem Kreis, sondern auch dem Schulträger wichtig sein. Daher sollten die Gemeinden die Kosten gänzlich übernehmen.

Frau Rocher sieht auch kein Problem darin, dass die Gemeinden die Finanzierung des Schulschwimmens übernehmen.

Herr Hüttner, Leiter Kreismusikschule, beantwortet die Frage von Herrn Thier zur Musikschule in Bezug auf das PWC-Gutachten. Er erklärt, wenn aus Einzelunterricht Zweiergruppenunterricht werden würde, wären das Mehreinnahmen von 200 € pro Stunde im Schuljahr. Wenn es gelänge, 100 Schüler zusätzlich in den Unterricht zu integrieren, hätte die Musikschule 20.000 € Mehreinnahmen im Jahr. Die Kreismusikschule hat zurzeit ein Verhältnis von Schülerzahl zur Stundenzahl von 1,66, was dem Standard der Musikschule im Landkreis Potsdam-Mittelmark entspricht. Diese Schule ist im PWC-Vergleich immer herangezogen und dem Landkreis Teltow-Fläming als Vorbild dargestellt worden. Im Landkreis Dahme-Spreewald ist das Verhältnis noch ungünstiger. Als noch ausbaufähig bezeichnet er die musikalische Früherziehung, wozu aber auch die Lehrer mit dieser Ausbildung zur Verfügung stehen müssen.

Herr Bührendt bemerkt, es ist auch so vorgesehen, dass die Stellungnahme des Fachamtes zu den einzelnen Maßnahmenvorschlägen der PWC abgegeben wird. Diese werden dann nach dem Nutzen und den Konsequenzen, die damit verbunden sind, untersucht.

Herr Dornquast informiert, dass zurzeit eine neue Gebührenkalkulation für die Volkshochschule erarbeitet wird. In der nächsten Sitzung des Ausschusses kann die

Ansatzweise, weil diese sich von den bisherigen Kalkulationsansätzen sehr unterscheidet, vorgestellt werden. Im Juni-Ausschuss ist geplant, die Gebührenkalkulation vorzulegen.  
Herr Dornquast beantwortet die Frage von Herrn Thier zur Kopiertechnik.

Frau von Schrötter beschließt zur Haushaltsdiskussion, dass die Zuarbeit der Verwaltung abgewartet wird, um dann im nächsten Ausschuss darüber zu beraten.  
Sie beendet den Tagesordnungspunkt.

## **TOP 6**

### **Anfragen der Abgeordneten**

Herr Otto, Leiter des Staatlichen Schulamtes, verteilt eine Übersicht zum Übergangsverfahren zur Jahrgangsstufe 7 (Schuljahr 2013/14) des Landkreises Teltow-Fläming an die Mitglieder des Ausschusses. Auftretende Fragen wird er in der nächsten Sitzung des Ausschusses klären.

Da keine weiteren Anfragen vorliegen, beendet Frau von Schrötter die Sitzung und wünscht allen Anwesenden eine gute Heimfahrt.

Datum: 02.04.13

---

gez. Ria von Schrötter  
Die Vorsitzende

---

Heike Linke  
Protokollantin